

Besteuerung Wohneigentum

Steuergerechtigkeit statt immer neue Privilegien

Zürich, 11. Juni 2010

Der Hauseigentümerverband Schweiz fordert immer neue Steuerprivilegien für WohneigentümerInnen. Eine Wahlmöglichkeit bei der Wohneigentumsbesteuerung, die Abschaffung der Handänderungsteuer, Bausparmöglichkeiten und weiterhin grosszügige Abzugsmöglichkeiten für energetische Investitionen sollen bei WohneigentümerInnen und solche, die es werden wollen, zu einer noch tieferen Steuerbelastung führen. Der Schweizerische Mieterinnen- und Mieterverband Deutschschweiz wehrt sich gegen neue Privilegien – denn die Mieterinnen und Mieter bezahlen bereits heute durchschnittlich mehr Steuern als WohneigentümerInnen.

Bei gleichem Einkommen, gleichem Vermögen und gleichen familiären Verhältnissen bezahlt heute eine Person, die in ihrer selbstbewohnten Wohnung lebt, weniger Steuern als eine Mieterin oder ein Mieter. Möglich machen dies die verschiedenen Steuerabzugsmöglichkeiten für Unterhalt, Zinsen und bei gleichzeitig sehr tiefen Eigenmietwerten sowie Steueroptimierungsmöglichkeiten bei der zweiten und der dritten Säule. Wer diese Abzugsmöglichkeiten und Steuerprivilegien konsequent ausnützt, senkt sein steuerbares Einkommen in einer Art und Weise, von der Mietende nur träumen können.

Dies genügt dem Hauseigentümerverband Schweiz aber noch nicht. Er fordert weitere Steuerprivilegien wie die Wahlmöglichkeit bei der Wohneigentumsbesteuerung für Personen im Rentenalter, die Abschaffung von Handänderungs- und Liegenschaftensteuern, das steuerbefreite Bausparen oder weitere Abzugsmöglichkeiten im Bereich energetischer Investitionen.

Diese Entlastungen würden nicht nur die bestehende massive Ungerechtigkeit bei der Besteuerung von Mietenden und WohneigentümerInnen verstärken, sondern auch zu Steuerausfällen führen. Die so entstehenden Budgetlöcher bei Bund und Kantonen würden letztlich auch die Mietenden mehr belasten.

Der Schweizerische Mieterinnen- und Mieterverband Deutschschweiz fordert deshalb:

- Bei der Wohneigentumsbesteuerung einen reinen Systemwechsel, welcher gleichzeitig mit der Abschaffung des Eigenmietwertes konsequent alle Abzugsmöglichkeiten streicht.
- Ein Nein des Bundesparlaments zu allen Bausparinitiativen. Der Ständerat will auf Gesetzesstufe einen indirekten Gegenvorschlag zu zwei Volksinitiativen ausarbeiten. Der Mieterinnen- und Mieterverband wird auch eine solche Gesetzesvorlage wegen der Steuergerechtigkeit und den befürchteten Einnahmeausfällen klar bekämpfen.
- Ein Stopp der Abschaffungs- und Senkungsbegehren des HEV in den Kantonen bei den Liegenschaften-, Handänderung- und Grundstückgewinnsteuern, da die Steuerersparnisse bei den Liegenschaftensitzern bleiben, die Steuerausfälle dagegen die Mietenden mittragen.
- Eine schnelle Inkraftsetzung der Energieabzugsverordnung der Steuerverwaltung. Nachdem eine Motion für eine erhöhte Effizienz der Steuerabzüge bei energetischen Investitionen in den eidgenössischen Räten ohne Gegenantrag angenommen wurde, ist sie trotz Widerstand von Hauseigentümerseite zügig umzusetzen.

Diese Resolution wurde von den Delegierten der Verbandskonferenz des Schweizerischen Mieterinnen- und Mieterverbands Deutschschweiz in Zürich am 11.6.2010 verabschiedet.